



Wie viel Pluralismus verträgt die Gesellschaft?

Es geht nicht nur um die Vielfalt der Religionen und Kulturen



Christof Mandry

Was hält eine Gesellschaft zusammen, wenn die Gegensätze in ihr anwachsen? Gesellschaftlicher Pluralismus ist ein umstrittener Sachverhalt. Die einen erkennen in zunehmender Vielfalt das Schrumpfen bisheriger Gemeinsamkeiten und fürchten soziale Konflikte bis hin zum Auseinanderbrechen des Staates. Die anderen deuten den Pluralismus als Konsequenz aus der Modernisierung und Individualisierung einer Gesellschaft, die sowohl den Alt- wie auch den Neubürgern mehr Chancen auf ein selbstbestimmtes Lebensprojekt einräumt. Nicht leicht zu beantworten ist die Frage, wie viele Unterschiedlichkeiten eine Gesellschaft aushält, ohne ernsthaften Schaden zu nehmen. Das Nachdenken darüber macht es erforderlich, sowohl die Art der Unterschiede zu berücksichtigen als auch die politische Kultur, in der sie Aufmerksamkeit finden.

Über gesellschaftlichen Pluralismus wird heute hauptsächlich im Zusammenhang mit Einwanderung nach Europa gestritten. Zuwanderer aus fremden Kulturen und mit fremden Religionen erhöhen zweifellos die Bandbreite an gesellschaftlich vorhandenen Unterschiedlichkeiten und stellen die Politik wie auch die Zivilgesellschaft vor Integrationsherausforderungen, die nicht identisch mit jenen sind, die sich einfach aus der fortschreitenden gesellschaftlichen Differenzierung ergeben. Nachdem der programmatische „Multikulturalismus“ nahezu einhellig verabschiedet wurde – auch von vielen seiner vormaligen Vertreter –, breitet sich die Einsicht aus, dass die mitteleuropäischen Gesellschaften, die sich jahrzehntelang einer konsistenten Einwanderungspolitik verweigert haben, umdenken müssen. Die sozialen und ökonomischen Herausforderungen in Europa sind enorm, und der kulturelle, religiöse und moralische Pluralismus macht ihre konstruktive Bearbeitung

nicht einfacher. Für manche liegt daher die Konsequenz auf der Hand: Pluralitätsreduktion durch Rückkehr zu den herkömmlichen Werten und Normen einer Nation ist das Gebot der Stunde. Diese Sichtweise ist jedoch zu eng. Sie hat nicht nur ein mechanisches Bild von Gesellschaft als statische Stabilitätsordnung vor Augen, deren Tragfähigkeit auf mehrheitlicher Homogenität beruht. Ähnlich der Schneeverwehung, die viele Flocken trägt, bis sie schließlich zu schwer ist und als Lawine ins Tal donnert, müsse die so gedachte Stabilität unter „Pluralitätsbelastung“ irgendwann zusammenbrechen. Damit wird jedoch die Entwicklungsdynamik einer Gesellschaft unterschätzt.

Auch die aktuelle Konzentration auf Migration als Ursache von Pluralität greift zu kurz. Ein Blick auf die Problemlagen etlicher Staaten in Europa macht dies deutlich. Eine ganze Reihe unter ihnen kämpft – teilweise schon seit langem – um ihre gesellschaftlich-staatliche Einheit. Dies gilt etwa

- für Großbritannien, mit dem lange schwelenden Bürgerkrieg in Nordirland und den Unabhängigkeitswünschen Schottlands,
- für Spanien mit der drohenden Sezession Kataloniens (und einer immer wieder kritischen Lage im Baskenland),
- für Belgien mit dem Auseinanderdriften von Flamen und Wallonen, und
- für Italien, wo sich Norden und Süden immer weniger zu sagen haben.

In allen diesen Konfliktlagen steht oder stand tatsächlich die Einheit von Staat und Gesellschaft auf dem Spiel, und überall sind vielfältige Ursachen wirksam, unter denen Geschichte, Nationalbewusstsein und teilweise auch konfessionelle Unterschiede eine bedeutende Rolle spielen. Migration wirkt in diese Konflikte gar nicht oder nur marginal hinein. Schon dieser erste Überblick spricht also dagegen, Pluralität und Migration zu eng aneinander zu rücken.